

Inhaltsübersicht

Vorwort	V
Inhaltsverzeichnis	XI
Einleitung	1
I. Gegenstand der Studie	6
II. Erkenntnisziel und methodischer Ansatz der Studie	22
III. Terminologische Vorklärungen: Handlungskonzepte, Maßnahmen und Verfahren	26
IV. Gang der Untersuchung	29
Teil 1: Kriminalistische Herausforderungen und kriminalpräventive Handlungskonzepte der Polizei	33
§ 1 Referenzfelder der polizeilichen Kriminalprävention	35
I. Vorgehen gegen komplexe kriminelle Strukturen	35
II. Sicherung des öffentlichen Raums	45
§ 2 Die kriminalpräventiven Handlungskonzepte der Polizei	50
I. Das hergebrachte reaktive und einzelfallbezogene Handlungskonzept	51
II. Strategische Überwachung	53
III. Gelegenheitsorientierte Kriminalprävention	59
§ 3 Informationstechnik und polizeiliche Kriminalprävention	64
I. Die ambivalente Bedeutung des informationstechnischen Wandels für die Polizei	64
II. Kriminalpräventive Funktionen der Informationstechnik . . .	70
Teil 2: Die Regulierung kriminalpräventiver Handlungskonzepte über polizeiliche Maßnahmen und Verfahren	73
Abschnitt 1: Die hergebrachten Regelungsmuster von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	75
§ 4 Grundformen von Eingriffsermächtigungen	78
I. Der präventivpolizeiliche Gefahrtatbestand	78
II. Der strafprozessuale Verdachtstatbestand	104

III. Weite und Begrenzungswirkung der hergebrachten Regelungsmuster	108
IV. Die hergebrachten Regelungsmuster als rechtlicher Rahmen des hergebrachten Handlungskonzepts	122
§ 5 Begrenzende Regelungen zu den hergebrachten Ermächtigungstatbeständen	127
I. Tatbestandliche Qualifikationen	127
II. Betroffenenregelungen	135
III. Subsidiaritätsregelungen	147
§ 6 Prozedurale Schutzregelungen	151
I. Gewährleistung von effektivem Grundrechtsschutz und Transparenz	152
II. Schutz sensibler Kommunikation	163
III. Generierung von Maßnahmewissen	181
Abschnitt 2: Erweiterungen im Verfahrensrecht	191
§ 7 Das präventivpolizeiliche Vorfeldrecht	192
I. Konzeptionelle Grundlagen und Typen von Vorfeldtatbeständen	193
II. Zur Gestaltung von Vorfeldtatbeständen	227
III. Verfassungsrechtliche Grenzen von Vorfeld- ermächtigungen	247
IV. Präventionsplanung als fehlender Baustein des Vorfeldrechts	290
§ 8 Strafprozessuales Vorfeldrecht?	301
I. Systemkonforme und systemsprengende Neuerungen im Strafverfahrensrecht	301
II. Prospektiv und präventiv angelegte Eingriffsermächtigungen im Ermittlungsverfahren	306
Abschnitt 3: Erweiterungen im materiellen Recht	309
§ 9 Erweiterungen der polizeilichen Schutzgüter?	310
I. Kollektivgüter	310
II. Öffentliche Ordnung	312
III. Schutz des Sicherheitsgefühls?	316
§ 10 Erweiterte Strafverfolgung durch kriminalpräventives Strafrecht	319
I. Erscheinungsformen und Hintergründe des kriminalpräventiven Strafrechts	320
II. Strafprozessuale Auswirkungen kriminalpräventiver Straftatbestände	335

III. Kriminalpräventive Straftatbestände und Polizeirecht	349
IV. Verfassungsrechtliche Grenzen des kriminalpräventiven Strafrechts	361
Fazit und Ausblick: Zur Neuordnung des Kriminalpräventionsrechts	379
I. Die Regulierung strategischer Überwachungen	380
II. Die Regulierung gelegenheitsorientierter Präventionsmaßnahmen	395
Teil 3: Die Regulierung einzelner Eingriffsmaßnahmen	397
§ 11 Das Aufenthaltsverbot zwischen Gefahrenabwehr und gelegenheitsorientierter Kriminalprävention	399
I. Funktion	399
II. Gestaltung von Eingriffsermächtigungen	401
§ 12 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum als örtliche kriminalpräventive Umweltgestaltung	410
I. Funktionen	411
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	419
III. Gestaltung von Überwachungsermächtigungen	425
§ 13 Die „Schleierfahndung“ als großflächige kriminalpräventive Umweltgestaltung	432
I. Funktion	432
II. Eingriffsermächtigungen im geltenden Recht	434
III. Anforderungen aus höherrangigem Recht	441
IV. Fazit	450
§ 14 Der Einsatz von Vertrauenspersonen als zentrale Komponente strategischer Überwachungen	451
I. Funktion	451
II. Derzeitige Rechtslage	454
III. Anforderungen aus höherrangigem Recht	459
IV. Fazit: Zur differenzierten Gestaltung des Einsatzes von Vertrauenspersonen	468
Teil 4: Die polizeiliche Informationsordnung	473
§ 15 Datenverwendung im einzelnen Verfahren	475
I. Datenverwendung im Ausgangsverfahren	475
II. Überführung von Daten in ein einzelnes Zielverfahren	479
§ 16 Verfahrensexterne Datensammlungen für polizeiliche Zwecke	494
I. Systematik verfahrensexternen Datensammlungen	494

II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	496
III. Regelungselemente von Bevorratungsermächtigungen	505
Ergebnisse	525
Literaturverzeichnis	549
Stichwortverzeichnis	587

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Einleitung	1
I. Gegenstand der Studie	6
1. Kriminalpräventionsrecht als Recht der polizeilichen selektiven Kriminalprävention	7
2. Materielles Strafrecht und Strafverfahrensrecht als Teile des Kriminalpräventionsrechts	8
3. Die zentrale Stellung der Polizei im Gefüge der Präventionsakteure	11
4. Die fortdauernde Bedeutung des staatlichen Kriminalpräventionsrechts	15
II. Erkenntnisziel und methodischer Ansatz der Studie	22
III. Terminologische Vorklärungen: Handlungskonzepte, Maßnahmen und Verfahren	26
IV. Gang der Untersuchung	29

TEIL I

Kriminalistische Herausforderungen und kriminalpräventive Handlungskonzepte der Polizei

33

§ 1 Referenzfelder der polizeilichen Kriminalprävention	35
I. Vorgehen gegen komplexe kriminelle Strukturen	35
1. Organisierte Kriminalität	36
2. Terrorismus	41
II. Sicherung des öffentlichen Raums	45
§ 2 Die kriminalpräventiven Handlungskonzepte der Polizei	50
I. Das hergebrachte reaktive und einzelfallbezogene Handlungskonzept	51
II. Strategische Überwachung	53
III. Gelegenheitsorientierte Kriminalprävention	59

§ 3	Informationstechnik und polizeiliche Kriminalprävention	64
I.	Die ambivalente Bedeutung des informationstechnischen Wandels für die Polizei	64
1.	Nutzung der Informationstechnik durch Straftäter	65
2.	Nutzung der Informationstechnik durch die Polizei	67
a)	IT-gestützte Überwachungen	67
b)	Bevorratung und Analyse polizeilicher Daten	68
II.	Kriminalpräventive Funktionen der Informationstechnik	70

TEIL 2

Die Regulierung kriminalpräventiver Handlungskonzepte über polizeiliche Maßnahmen und Verfahren

73

Abschnitt 1:	Die hergebrachten Regelungsmuster von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung	75
§ 4	Grundformen von Eingriffsermächtigungen	78
I.	Der präventivpolizeiliche Gefahrtatbestand	78
1.	Elemente des Gefahrbegriffs	79
a)	Prognosegegenstand: Schadensereignis	79
b)	Schadensprognose	80
(1)	Qualität der Beurteilungsgrundlage	81
(2)	Vollständigkeit der Beurteilungsgrundlage	83
(3)	Maßgeblicher Informations- und Wissenshorizont	85
(a)	Zeitliche Dimension	85
(b)	Perspektivische Dimension	86
(4)	Wahrscheinlichkeitsgrad	90
(5)	Kein eigenständiges Kriterium der zeitlichen Nähe des drohenden Schadens	93
2.	Der Gefahrtatbestand als Grundlage von Ermittlungsermächtigungen	94
a)	Ermittlungsmaßnahmen in „echten“ Gefahrlagen	94
b)	Ermittlungsmaßnahmen in Verdachtslagen	96
(1)	Der Gefahrverdacht als Gefahurteil zweiter Ordnung	97
(2)	Bausteine einer Dogmatik des Gefahrverdachts als Gefahr	99
(a)	Beurteilungsgrundlage	100
(b)	Wahrscheinlichkeitsgrad	100
(c)	Ziel der Maßnahme	102

(3) Verhältnis von Gefahrverdacht und Gefahr erster Ordnung	102
II. Der strafprozessuale Verdachtstatbestand	104
1. Struktur des strafprozessualen Anfangsverdachts	104
2. Elemente des Verdachtsurteils	106
3. Ziel strafprozessualer Eingriffsmaßnahmen	107
III. Weite und Begrenzungswirkung der hergebrachten Regelungsmuster	108
1. Flexibilisierende und begrenzende Elemente des Gefahrtatbestands	109
2. Öffnende und begrenzende Elemente des Verdachtstatbestands	111
3. Fallbeispiele	113
a) Begrenzungswirkung des Gefahrtatbestands: Schläferfahndung	113
b) Begrenzungswirkung des Gefahrtatbestands: Observation entlassener Sexualstraftäter	116
c) Flexibilität des Gefahrtatbestands: Düsseldorfer Al-Qaida-Prozess	118
d) Begrenzungswirkung des Verdachtstatbestands: „Operation Mikado“	121
IV. Die hergebrachten Regelungsmuster als rechtlicher Rahmen des hergebrachten Handlungskonzepts	122
§ 5 Begrenzende Regelungen zu den hergebrachten Ermächtigungstatbeständen	127
I. Tatbestandliche Qualifikationen	127
1. Qualifikationen des präventivpolizeilichen Gefahrtatbestands	128
a) Qualifikation des Wahrscheinlichkeitsurteils: gegenwärtige Gefahr	128
b) Qualifikation des Prognosegegenstands: erhebliche Gefahr und ähnliche Regelungselemente	131
2. Qualifikationen des strafprozessualen Verdachtstatbestands	132
II. Betroffenenregelungen	135
1. Bestandsaufnahme	135
a) Allgemeine Störerregelungen und maßnahme- spezifische Sonderregelungen im Polizeirecht	136
(1) Anwendungsprobleme der Störersystematik bei der Kriminalprävention	136

(2) Duldungspflichten und erweiternde Adressatenregelungen bei kommunikationsbezogenen Ermittlungsmaßnahmen	138
(3) Ermittlungsmaßnahmen ohne konkrete Zielperson	141
b) Der maßnahmebezogene Ansatz im Strafprozessrecht	141
2. Rechtsstaatliche Funktion von und Anforderungen an Betroffenenregelungen für Ermittlungsermächtigungen . .	142
III. Subsidiaritätsregelungen	147
§ 6 Prozedurale Schutzregelungen	151
I. Gewährleistung von effektivem Grundrechtsschutz und Transparenz	152
1. Richtervorbehalte	152
a) Funktionen und verfassungsrechtliche Bedeutung eines Richtervorbehalts	153
b) Zur Gestaltung von Richtervorbehalten	157
2. Benachrichtigung des Betroffenen	159
II. Schutz sensibler Kommunikation	163
1. Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	164
a) Verfassungsrechtliche Grundlagen des Kernbereichsschutzes	165
(1) Sachlicher Schutzbereich: Höchstpersönlichkeit . . .	165
(2) Schutzrichtung: Schutz von Kommunikationsinhalten gegen Heimlichkeit und Zwang	168
(3) Gewährleistungsdimensionen: Abwehrrecht und prozeduraler Grundrechtsschutz	169
(4) Zur Kritik der Kernbereichsrechtsprechung	172
b) Gestaltung prozeduraler Schutzregelungen	175
2. Schutz von Amts- und Berufsgeheimnissen	178
III. Generierung von Maßnahmewissen	181
1. Funktion und verfassungsrechtliche Bedeutung wissensgenerierender Verfahrensregelungen	181
2. Gestaltung wissensgenerierender Verfahrensregelungen . .	184
Abschnitt 2: Erweiterungen im Verfahrensrecht	191
§ 7 Das präventivpolizeiliche Vorfeldrecht	192
I. Konzeptionelle Grundlagen und Typen von Vorfeldtatbeständen	193
1. Anknüpfungspunkte der Vorverlagerung	194

a) Typen von Vorfeldtatbeständen in Abgrenzung zum Gefahrtatbestand	194
b) Polizeiliche Beurteilungsspielräume – Kriminalprävention als Risikoregulierung?	195
2. Elemente von Vorfeldtatbeständen	205
a) Eingriffsanlass	205
(1) Dispositionstatbestände	205
(a) Gegenstand des Dispositionsurteils	206
(b) Beurteilungsgrundlage des Dispositionsurteils	208
(c) Wahrscheinlichkeitsgrad	208
(d) Anforderungen an die Eintrittsbedingungen	209
(e) Geregelte Maßnahmen	210
(f) Disposition oder abstrakte Gefahr?	211
(g) Variabilität und Grenzen des Dispositionansatzes	214
(2) Bedrohungstatbestände	215
(3) Anlasslose Eingriffsmaßnahmen?	217
b) Eingriffsziel	218
c) Betroffenen- und Subsidiaritätsregelungen	220
d) Prozedurale Schutzregelungen	222
3. Ermöglichung der erweiterten Handlungskonzepte durch Vorfeldermächtigungen	224
a) Strategische Überwachungen	224
b) Gelegenheitsorientierte Kriminalprävention	226
II. Zur Gestaltung von Vorfeldtatbeständen	227
1. Dispositionstatbestände	228
a) Gegenstand des Dispositionsurteils	228
b) Maßnahmeziel	230
c) Anforderungen an Beurteilungsgrundlage und Eintrittsbedingungen	231
2. Bedrohungstatbestände	232
3. Verhältnis von Vorfeldtatbeständen und Gefahrtatbeständen	234
4. Beispiele für die Defizite des geltenden Rechts	236
a) Inadäquate und inkonsistente Vorfeldregulierung im BKA-Gesetz	237
(1) Eingriffsanlässe im Gefahrvorfeld	237
(2) Mangelhafte Handhabbarkeit und systematische Inkohärenz der Vorfeldtatbestände	238
(3) Redundanz der parallelen Gefahrtatbestände	240
(4) Die Ermächtigung zu „Online-Durchsuchungen“ als missverständlicher reformulierter Gefahrtatbestand	240

b) Vier Entscheidungen von Landesverfassungsgerichten zur Abgrenzung von Gefahr und Gefahrvorfeld bei der präventivpolizeilichen Wohnraumüberwachung . . .	241
(1) Brandenburg	242
(2) Mecklenburg-Vorpommern	244
(3) Sachsen	245
(4) Thüringen	246
III. Verfassungsrechtliche Grenzen von	
Vorfeldermächtigungen	247
1. Kompetenzordnung	247
a) Strafverfolgung als Maßnahmeziel in polizeirechtlichen Überwachungsermächtigungen	249
b) Strafrechtliches Maßregelrecht und präventivpolizeiliche individuelle Kriminalprävention	252
2. Bestimmtheitsgrundsatz	255
a) Überwachungsspezifische Funktionen des Bestimmtheitsgrundsatzes	256
b) Überwachungsspezifische Vorgaben des Bestimmtheitsgrundsatzes	258
3. Grundrechte	262
a) Die Operationalisierung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes	263
b) Anforderungen an die Gestaltung von Vorfeldermächtigungen	267
(1) Eingriffsintensität von Vorfeldmaßnahmen	267
(a) Funktionen und Systematik des grundrechtlichen Informationsschutzes	268
(b) Streubreite und Prognoserisiko als Intensitätskriterien	270
(c) Der Grad der Vorverlagerung als abgeleitetes Intensitätskriterium	274
(2) Relative und absolute grundrechtliche Grenzen des Vorfeldrechts	278
(3) Fallbeispiel: Präventivpolizeiliche Rasterfahndung	281
(a) Begriff und Bedeutung der Rasterfahndung	282
(b) Eingriffsintensität und grundrechtliche Grenzen von Rasterfahndungen	285
c) Anforderungen an den Vollzug von Vorfeldermächtigungen	288
IV. Präventionsplanung als fehlender Baustein des Vorfeldrechts	290
1. Der Bedarf nach einem Planungsrecht der Kriminalprävention	291

2. Typen und Funktionen planerischer Regelungen im Vorfeldrecht	295
3. Vorgaben für die Präventionsplanung	298
§ 8 Strafprozessuales Vorfeldrecht?	301
I. Systemkonforme und systemsprengende Neuerungen im Strafverfahrensrecht	301
II. Prospektiv und präventiv angelegte Eingriffsermächtigungen im Ermittlungsverfahren	306
Abschnitt 3: Erweiterungen im materiellen Recht	309
§ 9 Erweiterungen der polizeilichen Schutzgüter?	310
I. Kollektivgüter	310
II. Öffentliche Ordnung	312
III. Schutz des Sicherheitsgefühls?	316
§ 10 Erweiterte Strafverfolgung durch kriminalpräventives Strafrecht	319
I. Erscheinungsformen und Hintergründe des kriminalpräventiven Strafrechts	320
1. Formen des kriminalpräventiven Strafrechts	320
a) Rolle des Täters bei der Bezugstat	321
(1) Anschließungsdelikte	322
(2) Kooperationsdelikte	323
(3) Vorbereitungsdelikte	326
b) Nähe zwischen Vorfeld- und Bezugstat	327
2. Zum Einfluss des Unions- und des Völkerrechts	330
II. Strafprozessuale Auswirkungen kriminalpräventiver Straftatbestände	335
1. Strafprozessuale Funktionen kriminalpräventiver Straftatbestände	335
a) Ermittlungsfunktion	335
(1) Betäubungsmittelstraftaten	336
(2) Organisationsdelikte	337
(3) Vorfeldtatbestände des Gesetzes zur Verfolgung der Vorbereitung schwerer staatsgefährdender Gewalttaten	338
b) Sicherungs- und Beweiserleichterungsfunktion	340
2. Die Auflösung verfahrensrechtlicher Grenzen in der Ermittlungspraxis der Betäubungsmittelkriminalität	342
III. Kriminalpräventive Straftatbestände und Polizeirecht	349
1. Kriminalpräventives Strafrecht und polizeirechtliche Ermächtigungstatbestände	349

a) Polizeirechtliche Auswirkungen des kriminalpräventiven Strafrechts	349
(1) Gefahrtatbestände	350
(2) Vorfeldermächtigungen	352
b) Steuerungsverluste im Polizeirecht durch kriminalpräventives Strafrecht und Möglichkeit einer polizeirechtsimmanenten Lösung	355
2. Gemengelagen zwischen Strafprozessrecht und Polizeirecht	356
IV. Verfassungsrechtliche Grenzen des kriminalpräventiven Strafrechts	361
1. Die Unterscheidung von Verbots- und Sanktionsnorm	363
2. Grundrechtliche Anforderungen an strafrechtliche Sanktionsnormen	364
3. Grundrechtliche Anforderungen an Verbotsnormen des kriminalpräventiven Strafrechts	367
a) Zulässige und unzulässige Ziele strafrechtlicher Verbotsnormen	370
b) Erforderlichkeit vorverlagerter Verbote gegenüber Einzeltätern	372
c) Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne und Zurechnung deliktischen Verhaltens Dritter	375
Fazit und Ausblick: Zur Neuordnung des Kriminalpräventionsrechts	379
I. Die Regulierung strategischer Überwachungen	380
1. Quantitative Dominanz und konzeptionelle Unterordnung des Strafverfahrens	381
2. Rückbau des Strafrechts als Lösung?	384
3. Lösungsvorschlag: Rechtsstaatlich gebändigtes Präventionsstrafrecht und strafprozessuales Vorfeldrecht	387
a) Verhältnis von materiellrechtlichen und verfahrenrechtlichen Vorverlagerungen	387
b) Gründe für einen strafprozessualen Ansatz	389
c) Regelungsprobleme eines strafprozessualen Vorfeldrechts	390
4. Alternative: Einbindung der Staatsanwaltschaft in präventivpolizeiliche Verfahren	394
II. Die Regulierung gelegenheitsorientierter Präventionsmaßnahmen	395

TEIL 3

Die Regulierung einzelner Eingriffsmaßnahmen

397

§ 11 Das Aufenthaltsverbot zwischen Gefahrenabwehr und gelegenheitsorientierter Kriminalprävention	399
I. Funktion	399
II. Gestaltung von Eingriffsermächtigungen	401
1. Die gesetzlichen Eingriffsermächtigungen als Gefahrtatbestände	402
2. Leistungsfähigkeit der reformulierten Gefahrtatbestände	404
a) Ermöglichung von Aufenthaltsverboten	404
b) Begrenzung von Aufenthaltsverboten	406
§ 12 Die Videoüberwachung im öffentlichen Raum als örtliche kriminalpräventive Umweltgestaltung	410
I. Funktionen	411
1. Herkömmliche Funktion: Kriminalpräventive Umweltgestaltung	411
a) Unmittelbare Wirkungen von Videoüberwachungsanlagen	412
b) Mittelbare kriminalpräventive Funktion von Videoüberwachungsanlagen	413
2. Die informationstechnische Aufrüstung der Videoüberwachung: Effektivierung der herkömmlichen Funktion und denkbare weitere Funktionen	417
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	419
1. Kompetenzordnung	419
2. Grundrechtliche Anforderungen	421
a) Betroffene Grundrechte	421
b) Anforderungen an Überwachungsermächtigungen	423
III. Gestaltung von Überwachungsermächtigungen	425
1. Ermächtigungen in den Polizeigesetzen	426
a) Anlass der Überwachung	426
b) Ziel der Überwachung	428
2. Kritik und Regelungsalternativen	429
§ 13 Die „Schleierfahndung“ als großflächige kriminalpräventive Umweltgestaltung	432
I. Funktion	432
II. Eingriffsermächtigungen im geltenden Recht	434
1. Geregelte polizeiliche Maßnahmen	434

2. Fahndungsgebiet und Voraussetzungen der „Schleierfahndung“	436
a) Eingriffsanlass	437
(1) Ermächtigungen zu lagebildbasierten Kontrollen	437
(2) Ermächtigungen zu anlasslosen Kontrollen	439
b) Verfahrensregelungen	440
III. Anforderungen aus höherrangigem Recht	441
1. Unzulässigkeit anlassloser Personenkontrollen	441
a) Verstoß gegen Unionsrecht	442
b) Verstöße gegen Verfassungsrecht und gegen Konventionsrecht	443
2. Strategische Präventionsplanung als grundrechtliches Gebot	446
3. Anforderungen an Durchsetzungs- und Begleitmaßnahmen	448
IV. Fazit	450
§ 14 Der Einsatz von Vertrauenspersonen als zentrale Komponente strategischer Überwachungen	451
I. Funktion	451
II. Derzeitige Rechtslage	454
1. Einsatz nach der Strafprozessordnung	455
2. Einsatz nach den Polizeigesetzen	456
III. Anforderungen aus höherrangigem Recht	459
1. Kompetenzordnung	460
2. Grundrechtliche und konventionsrechtliche Grenzen	461
a) Grundrechtseingriff durch den Einsatz von Vertrauenspersonen	461
b) Die Einsatzform als bestimmender Faktor der Verhältnismäßigkeitsprüfung	463
c) Sonderfall 1: Einsatz gegen dritte Zielpersonen	465
d) Sonderfall 2: Veranlassung von Straftaten	466
IV. Fazit: Zur differenzierten Gestaltung des Einsatzes von Vertrauenspersonen	468

TEIL 4

Die polizeiliche Informationsordnung

473

§ 15 Datenverwendung im einzelnen Verfahren	475
I. Datenverwendung im Ausgangsverfahren	475
II. Überführung von Daten in ein einzelnes Zielverfahren	479

1. Verfassungsrechtlicher Rahmen	480
2. Datenüberführung als zweiaktiger Vorgang	482
3. Materielle Vorgaben für Zweckänderungen	486
a) Der hypothetische Ersatzeingriff als verfehltes Regelungsmuster	486
b) Zur differenzierten Gestaltung von Zweckänderungsermächtigungen	488
(1) Überführung präventivpolizeilicher Daten in ein straßprozessuales Verfahren	489
(2) Überführung von Daten in Vorfeldverfahren der strategischen Überwachung	491
(3) Überführung strafprozessualer Daten in ein weiteres Ermittlungsverfahren	492
§ 16 Verfahrensexterne Datensammlungen für polizeiliche Zwecke	494
I. Systematik verfahrensexterner Datensammlungen	494
II. Verfassungsrechtlicher Rahmen	496
1. Gesetzgebungskompetenz und grundrechtliche Regelungsverantwortung	496
a) Verfahrensübergreifende Datensammlungen des Bundeskriminalamts	496
b) Verfahrensübergreifende Datensammlungen der Landespolizeibehörden	497
c) Verfahrensunabhängige Datensammlungen bei polizeiexternen Stellen	500
2. Grundrechtliche Anforderungen	502
III. Regelungselemente von Bevorratungsermächtigungen	505
1. Gegenstand der Bevorratung	506
2. Anlass der Bevorratung	508
a) Gesetzliche Nützlichkeitsvermutung – am Beispiel von § 8 Abs. 1 BKAG	508
b) Qualifizierter persönlicher Dispositionstatbestand – am Beispiel des § 8 Abs. 2 BKAG und der Ermächtigungen zur verfahrensübergreifenden Bevorratung von Identifikationsdaten	510
c) Einfacher persönlicher Dispositionstatbestand – am Beispiel von § 8 Abs. 5 BKAG	515
d) Datenbevorratung über Dritte – am Beispiel von § 8 Abs. 4 BKAG	516
3. Zulässige Verwendungen der bevorrateten Daten	517
a) Verfahrensunabhängige Datensammlungen	517
b) Verfahrensübergreifende Datensammlungen	518
(1) Zum Zweck der Bevorratung erhobene Daten	518

(2) Zum Zweck des Ausgangsverfahrens erhobene Daten	520
4. Vorgaben für die Datensicherheit und prozedurale Schutzvorkehrungen	524
Ergebnisse	525
Literaturverzeichnis	549
Stichwortverzeichnis	587